



Auswertung der Antworten von CDU, SPD, GAL und FDP auf die Wahlprüfsteine des Zukunftsrats Hamburg

- in Stichworten -

1: Verwirklicht das Leitbild wachsende Stadt eine nachhaltige Entwicklung? Bleiben Politikfelder von der Nachhaltigkeitsorientierung ausgenommen ?

CDU: ja; nein

SPD: nein, nur kurzfristiges quantitatives Wachstum, Aalborgcharta aufgegeben; nein.

GAL: nein, Umwelt-, Sozial-, Bildungspolitik und Bürgerbeteiligung mangelhaft; nein

FDP: nein; ja: alle Politikfelder außer Bildungsinvestitionen; Erde insgesamt endlich.

2: Entsteht ein Demokratieproblem, wenn Wähler statt Nachhaltigkeit die aktu- elle Bedürfnisbefriedigung vorziehen ?

CDU: Demokratie fordert Werbung und Transparenz; Nachhaltigkeit weiter verfolgen.

SPD: scheinbares Dilemma; Akzeptanz erreichen durch Innovation statt Verzicht.

GAL: nein; mehr Kompetenz u. Beteiligung d. Bürger, direkte Demokratie, staatl.
Transparenz

FDP: nein; Vermittlungs- und Überzeugungsproblem; eher „Diktaturproblem“

3: Widerspruch zwischen Standortpolitik und globaler Nachhaltigkeit ?

CDU: (nein; Haushaltskonsolidierung als Standort- und Nachhaltigkeitspolitik;?)

SPD: bei CDU ja; Wirtschaft vor Klimaschutz und Nachhaltigkeit; anders SPD-Leitbild
der menschlichen Metropole; (3 Säulen-Modell)

GAL: nicht unbedingt: Welthandel gerecht gestalten, HH Zentrum für erneuerbare
Energien: für globalen Klimaschutz

FDP: Nachhaltigkeits- u. Standortpolitik gleichrangige Ziele; 2 Seiten einer Medaille

4: Hat Hamburg eine Nachhaltigkeitsstrategie ? Sollte HH eine haben ? Wie ?

CDU: ja, erstmals unter v.Beust; siehe Klimaschutz, Haushalt, Sozialinfrastruktur

SPD: nein; ja: Balance wirtschaftlicher, ökol., soz. Ziele; Indikatoren, HEINZ gut,
lokale Agenden 21 unverzichtbar

GAL: nein; ja, mit Indikatoren, HEINZ=Beispiel, hohe Bürgerbeteiligung entscheidend

FDP: nein; ja, konsequente Bürgerbeteiligung; N-Strategie durch Bildung; keine höhere Finanzierung für Agenden 21

5. Ist ein boomender Welthandel auch eine Gefahr für die Nachhaltigkeit ?

CDU: Welthandel ermöglicht Wohlstand für alle; westliche Länder müssen gerechtes und dauerhaftes Modell dafür schaffen.

SPD: Welthandel ermöglicht Wohlstand für alle; nicht bei Ausbeutung von Mensch und Umwelt: SPD für internationale Sozial- u. Umweltstandards; Mindestlohn.

GAL: ja; Bedrohung für Ökonomie, Umwelt und Soziales

FDP: es gibt auch Risiken; aber Chancen für wenig entwickelte Regionen.

6. Wird Nachhaltigkeitsvision in HH umgesetzt? Stärken und Schwächen ?

CDU: Handlungsbedarf bei Ressourcenverbrauch, Bildung, Integration; gut: Finanzen

SPD: Stärken(SPD): Aus für KKW's; Förderung erneuerbarer Energien; Klimaschutz; Schwächen: Flächenverbrauch, Umwelt

GAL: Schwächen und Handlungsbedarf: Umwelt, CO₂, Flächenverbrauch, Arbeitslosigkeit, Armut, Schulabbruch, Spaltung d. Stadt

FDP: Forderungen: generationengerechter Haushalt; Bildung; Flächenrecycling

7. Maßstäbe und Instrumente für nachhaltige Entwicklung in Hamburg

CDU: Indikatoren wie Klimaschutzkonzept, Familienverträglichkeit bei Senatsdrucks.

SPD: Forderung: Eigenständige Umweltbehörde

GAL: HEINZ zielführender als der Monitor wachsende Stadt (Senatskanzlei); früherer Ausstieg aus Energiebilanzen war falsch

FDP: Nötig sind Qualitätsmanagement und Benchmarking

8. Bürgerbeteiligung ausreichend ? Mehr Geld dafür gerechtfertigt ?

CDU: CDU hat Internetdialoge kreiert; entwickelt Schüler-Planspiel für Finanzen

SPD: Es braucht Akzeptanz, vermittelt durch Verbände, aber nicht nur Handelskammer (CDU), sondern auch Umweltverbände; SPD will Bürgerdialog

GAL: CDU untergräbt Bürgerwillen; GAL will verbindlichere Beteiligung in Volksbegehren, Moderationsverfahren; diese finanzieren (soz.Stadtteilentw.)

FDP: Mehr Beteiligung notwendig; Geld ist da -für unverbindliche Marketingaktionen.

9. Bleibt dem Staat trotz Privatisierungen noch ausreichend Steuerungspotenzial für eine nachhaltige Entwicklung ?

CDU: ja; auch als Gesetzgeber; HH-Vertreter in GmbH „vertreten Hamburgs Interessen und folgen daher Zielen einer nachhaltigen Entwicklung“

SPD: CDU schmälert Vermögen und Rücklagen trotz guter Haushaltslage; LBK- und P&W- (auch HEW-)Verkauf war Fehler; Stadt soll mit HHLA und HPA steuern.

GAL: Privatisierung der Wasserversorgung abgewehrt. Stadtwerke schaffen; HH-Vertreter in FHH-GmbHs sollen sich an Nachhaltigkeit ausrichten.

FDP: ja, durch Ordnungspolitik, Überwachung und Zielmarken

10. Soll eine Neuverschuldung verboten werden ? Wohin sollen unvorhergesehene Mehreinnahmen fließen ?

CDU: ja, 2007 durchgesetzt; Schulden nur bei Notfall und mit Tilgungsplan; Mehreinnahmen in Schuldenreduzierung

SPD: ja, nach Schweizer Vorbild mit Ausgabengrenze und Ausgleichskonto; Städtische Vermögen nicht veräußern („Daseins- und Risikovorsorge“)

GAL: nein, besser Verbot des Vermögensverzehr, durch Doppik kontrollierbar; Mehreinnahmen in Wissenschaftsstiftung; bei Mindereinnahmen überall kürzen

FDP: „Verzicht auf Neuverschuldung“; Mehreinnahmen in Schuldenreduzierung

11. Soziale Integration der Stadtteile wichtiger als Leuchtturmprojekte ?

CDU: kein Gegensatz ! Wachstum finanziert soziale Integration; „Lebenswerte Stadt“

SPD: Verzicht auf Prestige-Leuchtturmprojekte; Stadtteile-Integration altes SPD-Ziel

GAL: Leuchtturmprojekte in benachteiligte Stadtteile ! Priorität: Projekt „Viertel Vor!“; gegen Living Bridge, sonst abhängig von Bürgerbeteiligung

FDP: Kein Gegensatz

12. Ist der Anstieg der Siedlungsfläche in den letzten Jahren trotz unausgeschöpften Potenzials für Flächenrecycling in Ordnung ?

CDU: Priorität Nachverdichtung und Konversionsflächennutzung wurde umgesetzt.

SPD: Bedarf an Gewerbe- u. Wohnbauflächen, aber Priorität für Konversionsflächen.

GAL: Flächenfraß besorgniserregend; Vorrang für Konversion; Wohnraum für Alte

FDP: Flächenverbrauch in HH nicht „nachhaltig“; Vorrang für Konversion

13. Flächenmanagement in der Metropolregion zukunftsfähig ?

CDU: „Gemeinsame Landesplanung“ positiv; aber Plattform nötig für Stadt-Umland-Projekte zu Einzelhandel, Freizeitanlagen, Verkehr, soz. Infrastruktur.

SPD: Zusammenarbeit vernünftig für ökologische Ausgleichs- und Gewerbeflächen

GAL: Abstimmung unzureichend; Initiativrecht für Regionalkonferenz; REK aktivieren

FDP: Bessere Abstimmung notwendig

14. Welcher Eigenheimanteil ? Wie genügend günstigen Wohnraum schaffen ?

- CDU: Anteil marktabhängig; günstiger Wohnraum heute und künftig ausreichend, aber nicht durch staatliche Wohnungsbauprogramme, sondern durch Anreize
- SPD: 20 % heute ok, aber offen; öffentl. geförderten Wohnungsbau stärken, SAGA /GWG-Bestand erhalten; keine Zweckentfremdung; gesunde Sozialmischung.
- GAL: nicht festzulegen; aber Plan Kirchdorf-Mitte abzulehnen; sozialen Wohnungsbau, Genossenschaften, Baugemeinschaften stärken; Mieten moderat halten;
- FDP: nicht festzulegen; 20 % Wohnanteil bei Neubauten in Innenstadt; Bauen verbilligen durch Flächenbereitstellung, Kreditförderung, Entbürokratisierung u.a.

15. Integration von Migranten wichtig für eine nachhaltige Entwicklung ? Sollten der Zuzug in bestimmte Viertel eingeschränkt werden ?

- CDU: Ja; Integration durch Spracherwerb und Arbeit (auch öffentlicher Dienst); nein
- SPD: Migranten-Zuzug normal; wichtig (auch für Bezirksämter), späteren Wegzug durch günstigen / sozialen Wohnraum in anderen Stadtteilen zu ermöglichen.
- GAL: Ja; Integration durch Bildung, Mentorenprogramm, kommunales Wahlrecht, Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Konzept „Formel Vielfalt“.
- FDP: Integration durch Spracherwerb, Bildung, Patenschaften, Beschäftigung im öff. Dienst (Lehrer); kategorische Ablehnung von Zwangsmaßnahmen

16. Sollten die Möglichkeiten eines Bleiberechts für gut integrierte, aber nur geduldete Ausländer verbessert werden ?

- CDU: Integrierte und wirtschaftlich Selbständige willkommen; sonst Einzelfallprüfung
- SPD: Ja, wenn wirtschaftlich u. sozial gut integriert, nicht straffällig. Erfolge durch ZuwanderungsG und Härtefallkommission; Kettenduldungen vermeiden.
- GAL: Bundesrechtl. Bleiberecht zu wenig; in HH (Fort-)Bildungs-, Sprach-, Beschäftigungsmaßnahmen auch für Geduldete öffnen; Härtefallkomm. erweitern
- FDP: Bleiberecht flexibler auf Einzelfall bezogen handhaben.

17. Sollten für den Klimaschutz neben Anreizen auch verbindliche ordnungspolitische Maßnahmen getroffen werden ?

- CDU: Mix aus Anreizen und Regulativen nötig: KlimaschutzG und –VO, Energiegrenze für östl. Hafencity, Prüfung: City-Maut, Mietenspiegel, WindKW-Orte
- SPD: Anreize für Innovation, Ordnungspolitik für hohe Standards; Positionspapier; Passivhausstandard für Neubauten; Altbausanierung und Radverkehr fördern
- GAL: Ordnungsrecht für Gleichheit; Passivhausstandard (2015); 2020 überall <170 kWh/qm/a; 30% Wärme aus Erneuerbaren; Tempolimit; City-Maut; Schiffstrom
- FDP: Vorrang für Anreize; Verkehrs-EDV, Emissionshandel, Umwelt-Tarife bei Bahn

18. Welche Strategie kann die nötige Energiewende erreichen – Verlängerung der AKW-Laufzeiten; die H₂ / Brennstoffzellen-Technik ; Einsparungen ?

- CDU: AKW länger, wenn Profit für Umweltenergie; Cluster Erneuerbare Energien mit Wasserstoff / Brennstoffzellen-Technik; noch große Einspar-Potenziale
- SPD: AKW-Ausstieg bleibt; kein KW Moorburg; zu viele Kohle-KW geplant (ZR-Studie); Wasserstoff-BSZ, Erneuerbare fördern, Energieeffizienz steigern
- GAL: Keine AKW-Verlängerung; dezentrale Versorgung, Einsparungen (Heizen, Verkehr); Netze in öffentliche Hand; Erneuerbare fördern; H₂ nicht marktreif
- FDP: AKW moderat verlängern; Energiespeicher wichtig; Ökobilanzen auch für Erneuerbare; Wasserstoff / BSZ wichtiger Schritt; Einspar-Potenziale da

19. Muss nachhaltiger Konsum (regional, fair, biologisch) – auch gegen Gentechnik in der Landwirtschaft – gefördert werden ?

- CDU: CDU fördert bereits; fordert neue EU-Agrarpolitik, das nützt Bio-Bauern
- SPD: Bio-Label stärken; Bioprodukte nicht aus Übersee; trotzdem nicht abschotten; internat.Umwelt- und Sozialstandards; persönl. nachhaltig konsumieren (Bsp.)
- GAL: Bio-Landbau auf 20% Fläche, Vermarktung in Kantinen auf > 20% steigern; keine Gen-Technik; Fairness-Kriterien für das städtische Beschaffungswesen
- FDP: Aufklärungs- u.Vermittlungsproblem; genet. Forschung nicht stigmatisieren.

20. Bildung für nachhaltige Entwicklung: Lehrinhalte ? Rolle der Institutionen

- CDU: Stadt darf Einfluss nehmen auf Forschung: Klimazentrum, Hafencity-Uni; NROs können teilnehmen, sollten eigene Angebote ausdehnen
- SPD: Bildungsinitiative zur Energieeffizienz (Schule und Uni); Forschungsverbund Climate Change Cluster; Energieagentur gründen; Uni LG bedingt vergleichbar
- GAL: Konzept „9 macht klug“ „Schule für alle“, dabei Umwelt und Nachhaltigkeit Querschnittsaufgabe; Schulen öffnen (Open School 21); Nachhaltigkeits-Audit
- FDP: Forschungsfreiheit und Orientierung an Nachhaltigkeit kein Widerspruch

21. Erfüllt der Zukunftsrat seine (Gemeinwohl-) Aufgabe gut ? Sollte er stärker gefördert werden (Hintergrund Weltzukunftsrat) ?

- CDU: begrüßt und fördert ZR-Aktivitäten; Beteiligung an Nachhaltigkeitskonferenzen; aber nicht nur staatliche Finanzförderung !
- SPD: Weltzukunftsrat ok, aber missbraucht von Senat; ZR Stimme für Nachhaltigkeit in der Stadt (Energiestudie; HEINZ); Staatsferne erhalten, auch finanziell !
- GAL: „Durchweg sehr positive Beurteilung“ des ZR; sollte sich in Förderungen niederschlagen; aber Zusage wäre unseriös
- FDP: Ja; auch Gutes kann noch verbessert werden; nicht nur Frage des Geldes.

Konsens besteht zwischen den Parteien bei folgenden Themen:

- **Nachhaltigkeitspolitik** bedarf der Überzeugungsarbeit; die politische Verantwortung für die Zukunft und eine Präferenz der Wähler/innen für die aktuelle Bedürfnisbefriedigung führen *nicht* zu einem Demokratieproblem.
- **Standortpolitik und globale Nachhaltigkeitspolitik** müssen sich nicht widersprechen, sie müssen miteinander in Einklang gebracht werden.
- Hamburg braucht eine **Nachhaltigkeits-Strategie**, die an Zielen und Indikatoren orientiert ist und auf Bürgerbeteiligung gründet. **Nachhaltigkeitsdefizite bzw. –Herausforderungen** liegen derzeit im Umwelt-/Ressourcenverbrauch, in der Bildungspolitik, in der Migranten-Integration und im Flächenmanagement.
- Beim **Flächenmanagement** sind sich die Parteien einig, dass der Nutzung von Konversions-, Recyclingflächen der absolute Vorrang gebührt. Unterschiedlich wird bewertet, ob dieser in den letzten Jahren eingehalten wurde. Einigkeit besteht auch in der Notwendigkeit, die **Flächenpolitik in der Metropolregion** effektiver abzustimmen.
- Ein bestimmter **Anteil von Eigenheimen** am gesamten Wohnungsbestand kann und sollte nicht festgelegt werden.
- Die **Integration von Migranten** – vor allem durch Spracherwerb und Bildung – verstehen alle Parteien als wichtige Frage einer nachhaltigen Entwicklung. Für gut integrierte und wirtschaftlich selbständige, aber nur geduldete Ausländer sollten die **Bleiberechtsmöglichkeiten** erweitert werden.
- Außer der FDP treten die Parteien auch für **ordnungsrechtliche Maßnahmen für den Klimaschutz** ein, um eine gleiche Verbindlichkeit von Standards zu schaffen. Es gibt in Hamburg noch Möglichkeiten des **Energieeinsparens**, der Effizienzverbesserung.
- Die Aktivitäten des **Zukunftsrats** werden positiv bewertet; ihm wird aber empfohlen, sich auch finanziell vom Staat unabhängig zu halten.

Dissens besteht zwischen den Parteien bei folgenden Themen:

- Der anzustrebende Umfang und die notwendige Verbindlichkeit von **Bürgerbeteiligung** sind zwischen den Parteien umstritten.
- Streitig bleibt, ob das **Leitbild wachsende Stadt** eine nachhaltige Entwicklung fördert(e) bzw. schon umsetzt.
- Streitig bleibt, ob Hamburg den **sozialen Wohnungsbau** fördern soll.
- Streitig bleibt, ob die Laufzeit der **Kernkraftwerke** um Hamburg verlängert werden soll.